

BEZIEHUNGEN EU/USA

Trump vereint begegnen

Thomas Mayer

Bei aller Kritik an ihren strukturellen, politischen und organisatorischen Schwächen hat die EU zumindest ein Gutes: Ein derart abrupt und zugleich absurder Wechsel in der globalen Positionierung, wie ihn die USA unter Präsident Donald Trump vornehmen, ist in der Union undenkbar. Da gibt es neben 28 gleichberechtigten Regierungschefs, die selten einer Meinung sind, noch mehrere EU-Präsidenten und 751 Parlamentarier, die mitreden wollen. Entsprechend schwierig ist die Willensbildung.

Dafür sind politische Verrücktheiten schwer möglich. Trump hingegen verkörpert das Ein-Mann-Chaos-Prinzip. Er hat sich offensichtlich vorgenommen, die Welt binnen Tagen im Stundentakt vor den Kopf zu stoßen, Amerikas Berechenbarkeit zu zertrümmern. Er tut dies mit 140-Zeichen-Tweets auf Twitter ebenso wie mit überfallsartigen „presidential orders“ wie jener, die zigtausende regulär in den USA lebende Muslime über Nacht zu Parias machte, ganze muslimische Völker pauschal verdächtigt.

Der US-Präsident knallt Premiers den Telefonhörer hin, treibt Präsidenten zur Absage von Staatsbesuchen. Oder, was die Europäer betrifft: Trump dröhnt nicht nur, dass er die Nato (den militärischen Schutz für Europa) als alt und überkommen ansieht. Er sagt unverblümt, dass er nach Großbritannien weitere EU-Austritte erwarte. Der US-Präsident will die Union kaputt sehen. Also entsendet er einen US-Botschafter in die EU, der offen sagt, dass bilaterale Arbeit mit EU-Staaten oft viel besser sei als die Kooperation mit der Union – zum Vorteil und Profit der USA!

Kein Wunder, wenn die beim ersten EU-Gipfel seit Trumps Inauguration versammelten Staatsspitzen etwas ratlos waren, wie sie mit der US-Regierung umgehen sollen, auch in der Nato. Nur Torpedos wie Ungarns Viktor Orbán liebäugeln damit, sich zu unterwerfen. Aber die meisten Premiers haben sich unter der Führung der Deutschen Angela Merkel für einen vernünftigeren Weg ausgesprochen: Die EU-Länder müssen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, an Kooperation und Partnerschaft als Politikprinzip festhalten, auch in den internationalen Organisationen. Sie müssen aber auch ihre Nationalisten und Spaltpilze im Inneren deutlicher bekämpfen, zusammerrücken, die Gemeinschaft sogar weiter integrieren, Schritt für Schritt. Zu Grundwerten stehen, vereint marschieren, vereint schlagen! – Das ist der einzige Erfolgsweg bei einem eitlen oberflächlichen Übermachtstypen wie Trump.

UNTERNEHMERTUM

Land der Schikanen

Andreas Schnauder

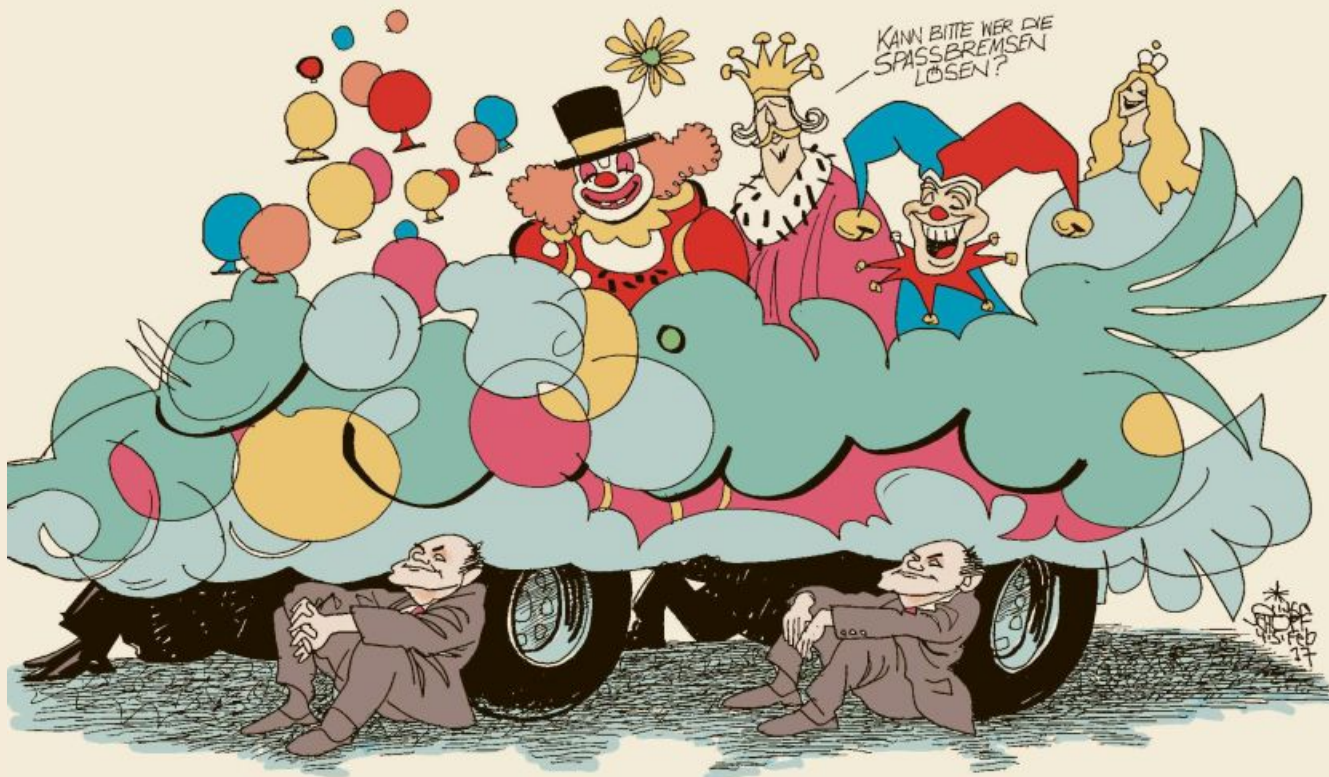
Unsere Regierung tut etwas für Unternehmen. Mit höherer Forschungsprämie, weniger Bürokratie und besseren Abschreibemöglichkeiten soll das Wirtschaften in diesem Land wieder attraktiver werden. Klingt gut, ist auch gut. Der erste von der Koalition nach der Überarbeitung ihres Programms konkret gesetzte Schritt lässt aber ernste Zweifel am Vorhaben aufkommen. Mit der Reform der Gewerbeordnung geht bestenfalls eine zarte Öffnung des zünftlerischen Systems einher.

Die großen Barrieren beim Berufszugang bleiben. Ob Buchbinder, Schneider, Gärtner oder Uhrmacher: Diese Tätigkeiten sind offenbar mit einer derart hohen Gefahr für Leib und Leben verbunden, dass der Gesetzgeber schützend eingreifen muss. Bundeskanzler Christian Kern hat darauf verzichtet, auf der von der SPÖ geforderten weitgehenden Freigabe von 28 der 80 reglementierten Gewerbe zu insistieren. Wenn Wirtschaftskammer und Gewerkschaft die Rute ins Fenster stellen, verfallen die Regierungsspitzen weiterhin in Schockstarre.

Bei derartigem Stillstand wird Österreich noch länger ein unterentwickeltes Unternehmertum aufweisen, das in der Eurozone um die Hälfte stärker ausgeprägt ist als hierzulande. Wenn etwa die Sozialversicherung den selbstständigen Zwangsmitgliedern rückwirkend das Krankengeld kürzt, mag das viele Gründe haben, die Symbolik ist jedenfalls verheerend. Und passt so gut zu den Schikanen, mit denen vor allem Kleinunternehmen vergrault werden: Abgabenlast, Genehmigungswahn, drakonische Strafen und, und, und.

Immer grimmiger werden zudem die Rahmenbedingungen für produzierende Betriebe. Keine Bäckerei, ja nicht einmal eine Wasserabfüllanlage oder ein Glashaus kann in Österreich errichtet werden, ohne dass Proteste programmiert wären. Nichts gegen den Schutz von Anrainern und Umwelt, doch derzeit wird schon fast reflexartig gegen Projekte kampagnisiert. Lokale Politiker ziehen da meist den Kopf ein. Ökologischen Anliegen ist offenbar eher gedient, wenn das Gemüse importiert wird. Menschenketten gegen Bäckereien mögen imponieren, der Lage am Arbeitsmarkt sind sie nicht zuträglich.

Und die Regierung? Sie ist nicht völlig untätig. Gemessen an der Regelungsflut und der grassierenden Wirtschaftsfreundlichkeit sind die bisherigen Initiativen aber nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.



Demonstranten im Fasching 2017

derStandard.at/Cartoons

Nächste allgemeine Verunsicherung

Demoverbot und Sicherheitsdebatte: Innenminister Sobotka gefährdet Koalition

Rainer Schüller

Was Donald Trump kann, kann Wolfgang Sobotka schon lange. Wie der US-Präsident, lässt auch der österreichische Innenminister im Moment keine Gelegenheit aus, um durch noch schärfere Forderungen Medienpräsenz zu ergattern. Dazu scheint ihm jedes Mittel recht zu sein, selbst wenn es gegen Grundrechte verstoßen könnte. Sobotka arbeitet an einer Profilschärfung der ÖVP, die im Wettlauf mit FPÖ und auch SPÖ noch stärker als Sicherheitspartei wahrgenommen werden soll. Ob die diversen Maßnahmen wie Einschränkung des Demonstrationsverbots, Fußfessel für Gefährder, Überwachung internetbasierter Kommunikation oder Ausweitung der Videoüberwachung rechtlich durchführbar sind, ist zunächst nicht so wichtig. Hauptsache das Thema bleibt präsent, egal wie „gacki“ es sein mag. Hauptsache, die strenge Miene des Niederösterreichers bleibt im Bild.

Der Vorschlag zur Einschränkung des Demonstrationsrechts kam nicht zufällig vor dem jährlichen Protest gegen den Akademikerball. Der Innenminister versucht hier in Richtung ÖVP-Klientel damit zu argumentieren, dass völlig unbeteiligte Wirtschaftstreibende durch eine große Demonstration Einbußen in Kauf nehmen müssen. Das könne man dem Handel nicht zumuten.

Diese Problematik gibt es natürlich. Ein Kaffeehausbesitzer kommt unschuldig zum Handkuss, wenn er im abgesperrten Bereich Kunden verliert. Allerdings muss das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit über diesen wirtschaftlichen Interessen stehen. Letztere liegen auch nicht in der Kompetenz des Innenministers, der sich auf seinen Aufgabebereich konzentrieren sollte. Er ist bei und vor heiklen Veranstaltungen wie dem Akademikerball dafür zuständig, so deeskalierend wie nur irgendwie möglich zu agieren. Mit der Überlegung nach einem Demonstrationsverbot heizt aber der Oberverantwortliche für die Sicherheit die Stimmung an. Das ist eine Provokation in Richtung Gegendemonstranten und ein weiterer Seitenhieb in Richtung Koalitionspartner SPÖ, der sich schon einmal gegen derartige Pläne ausgesprochen hat.

Das Argument Sobotkas, dass man „Späsdemonstrationen“ eher verbieten oder einschränken könne, ist ebenfalls ein sehr heikles. Wo zieht man die

Grenze? Wären dann auch die Regenbogenparade, der Hanfwandertag, Faschingsumzüge oder Maiaufmärsche einzuschränken? Natürlich nicht.

Knapp eine Woche nach Präsentation des gemeinsamen Regierungsprogramms erreicht Sobotka mit derartigen Ansagen, dass die ÖVP die politische Themenhoheit übernimmt. Die SPÖ hat ihr das auch leicht gemacht. Wenn es stimmt, was Sobotka im ORF-Report gesagt hat, dann dauerte die Verhandlung zum Sicherheitspaket mit Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil nur kurze zwei Stunden. Verschärfungspläne, die in

der SPÖ in der Vergangenheit noch für einen riesigen Aufschrei gesorgt haben, sind jetzt paktiert und locken höchstens noch SJ-Chefin Julia Herr vor das Bundeskanzleramt. Da hat Sobotka leichtes Spiel.

Die Regierung schreibt in ihrem Arbeitsprogramm richtigerweise, dass „das Schaffen und Sichern von individuell empfundener Sicherheit eine fundamentale Aufgabe der Politik“ sei. Mit kaum umsetzbaren Forderungen und Pseudodebatten über Kopftücher und Kreuze sorgt man allerdings eher für Unsicherheit – auch was den Fortbestand der großen Koalition betrifft.

KOPF DES TAGES

„Miss undercover“ nach Jahrzehnten CIA-Vizechefin



Aussehen unbekannt: Gina Haspel bedient Geheimdienstklischees.

Foto: iStock

In Langley reagierte man geradezu euphorisch auf die Nachricht von CIA-Chef Mike Pompeo, dass Gina Haspel seine Stellvertreterin für die Leitung des US-Auslandsgeheimdienstes sein wird.

Die 60-Jährige aus der Kleinstadt Ashburn bei Washington ist Protagonistin einer hochpolitischen Personalie: Sie ist – nach Avril Haines, 2013 bis 2015 – erst die zweite Frau im Rang eines CIA-Vizedirektors. Und ihre Nominierung ist als Versöhnungsangebot von Donald Trump an die CIA selbst zu verstehen: Der Start der Zusammenarbeit war mehr als holprig, nachdem der Neopräsident Geheimdienstberichte über russische Cybermanipulation im US-Wahlkampf in Zweifel gezogen und öffentlich lächerlich gemacht hatte.

Hochpolitisch ist Haspels Ernennung aber nicht zuletzt aufgrund ihrer eigenen Biografie, über die – es lebe das Geheimdienstklischee – so gut wie nichts bekannt ist. Mit einer großen Ausnahme: Anfang der 2000er-Jahre leitete sie in Thailand ein CIA-Geheimgefängnis mit dem Codenamen Cat's Eye (Katzenauge). Dort wurden laut Berichten diverser US-Medien wie *Washington Post* und *Politico* im Jahr 2002 mehrere Terrorverdächtige gefoltert – unter ihnen die Al-Kaida-Kämpfer Abd al-Rahim al-Nashiri und Abu

Zubaydah. Sie seien dutzende Male Waterboarding ausgesetzt gewesen, einer Foltermethode, bei der der Gefangene fast ertrinkt – und die bereits von der Spanischen Inquisition im 16. Jahrhundert extensiv praktiziert wurde.

2005 soll Haspel dann mitverantwortlich für die Order gewesen sein, dutzende Videoaufnahmen dieser Folterpraxis zu vernichten. Im Jänner 2009 ließ US-Präsident Barack Obama direkt nach Amtsantritt diese Foltermethode verbieten. Haspels Ernennung sowie Äußerungen Trumps in den vergangenen Tagen könnten darauf hinweisen, dass man erwägt, den Bann solcher Methoden im Kampf gegen den

Terror zu revidieren. Den Großteil ihrer Agentenkarriere arbeitete Haspel einem Bericht der *New York Times* zufolge „undercover“, also mit falscher Identität, später auch offiziell auf diversen Posten im Ausland, unter anderem in London. 2013 blockierte die demokratische Senatorin Dianne Feinstein die Bestellung Haspels zur permanenten Chefin des koordinierenden Clandestine Service. Aufseiten der Republikaner genießt die Agentin hingegen hohes Ansehen; unter anderem ist sie Trägerin des George H. W. Bush Award für große Verdienste bei der Bekämpfung des Terrorismus. Gianluca Wallisch